

Kommunaler Finanzausgleich reißt große Löcher in die Haushalte

MdL Frank Kuschel: Teilrücknahme der Kürzungen löst grundsätzliche Finanzprobleme der Thüringer Kommunen nicht

Als „bedenkliches Verfahren und Missachtung parlamentarischer Regeln“, kritisiert die Linksfraktion die Vorgehensweise von CDU und SPD in den abschließenden Beratungen im Haushaltsausschuss zum Landeshaushalt 2012. Die Koalition erreichte erst während der Ausschusssitzung 120 Änderungsanträge als Tischvorlage ein. „Wenn jetzt die Regierungskoalition die geplanten Kürzungen bei den kommunalen Finanzausweisungen um etwa ein Drittel wieder zurücknimmt, ist dies auf die berechtigten Proteste der Kommunen zurückzuführen“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN, Frank Kuschel, nach der Beratung am 8. Dezember.

Allerdings löse die Teilrücknahme der Kürzungen keinesfalls die grundsätzlichen Finanzprobleme der Thüringer Kommunen. Trotz steigender Steuereinnahmen könnten die Städte und Gemeinden auch im nächsten Jahr nur rund 20 Prozent ihrer Ausgaben über eigene Steuereinnahmen decken.

Über die Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel kommt aus dem Landeshaushalt. „Bei dieser hohen Abhängigkeit der Kommunen vom Land führen Kürzungen und Aufgabenübertragungen ohne Kostenausgleich zu spürbaren Defiziten in den kommunalen Haushalten“, betonte Frank Kuschel und verwies auf die begrenzten Möglichkeiten der Kommunen, die eigenen Steuereinnahmen zu erhöhen.

„CDU und SPD betrachten den Finanzausgleich noch immer als Gnadenakt, obwohl sich der Thüringer Verfassungsgerichtshof klar anders geäußert hat“, sagte der Kommunalexperte.

DIE LINKE hatte dem Ausschuss Änderungen für den Haushalt 2012 vorgeschlagen, die den Kommunen 100 Millionen Euro zusätzliche Zuweisungen gesichert hätten. Dafür wä-

ren keine neuen Kredite notwendig. „Ohne inhaltliche Auseinandersetzungen haben CDU und SPD diese Vorschläge abgelehnt.“ Die Koalition verschärfe nun die Konflikte zwischen den Gemeinden und Landkreisen. „Der seit 1995 bestehende Verteilungsschlüssel bei den Schlüsselzuweisungen, wonach 75 Prozent den Gemeinden und Städten und 25 Prozent den Landkreisen zufließen, wurde zu Lasten der Gemeinden verschoben.“ Auch jetzt noch verweigerten CDU und SPD den Einstieg in die überfällige Verwaltungs- und Gebietsreform. „Die SPD, die bisher noch für eine sol-

che Reform warb, hat sich auf Druck der CDU davon komplett verabschiedet. Die Koalition nimmt erhebliche raumordnerische und landesplanerische Verwerfungen zwischen den städtischen Zentren und dem Umland in Kauf, indem sie weitere Gemeindefusionen im städtischen Nahbereich genehmigen will“, so Frank Kuschel.

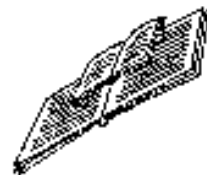
Die angekündigte Nachbesserung sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, könne aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der kommunale Finanzausgleich große Löcher in die Haushalte der Kommunen reiße, hieß es auch vom Landkreistag. ■



Einen regelrechten Ansturm der Betroffenen hatte es bei der öffentlichen Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zum kommunalen Finanzausgleich für das kommende Jahr am 10. November vor und im Thüringer Landtag gegeben. Fast 1.000 Kommunalpolitiker – Bürgermeister, Mitglieder von Orts- und Stadträten sowie Kreistagen – und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, von Gewerkschaften, Arbeitslosen- und Sozialverbänden nahmen als Gäste teil, droht doch für 2012 eine drastische Reduzierung der Landeszuweisungen für die Städte und Gemeinden. Wegen des großen Andrangs fand die Ausschussanhörung erstmals im Plenarsaal statt und wurde in weitere Sitzungsräume übertragen, die von den Gästen dicht besetzt waren. Abgeordnete der Linksfraktion hatten vor dem Landtag symbolische „Care-Pakete“ für die Kommunen verteilt – mit Nadel und Faden zum Stopfen von Haushaltslöchern und einem Teelicht als Ersatz für die Straßenbeleuchtung.

Die LINKE im Landtag hat eigene Vorschläge zur Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs zur Diskussion gestellt. Damit könnten zusätzliche Finanzpotenziale von über 200 Millionen Euro für die Kommunen eröffnet werden, ohne das Land zusätzlich zu verschulden.

Foto: A. Rudolph



Barrierefreiheit

Den dringenden Erlass eines Aktionsplanes für Thüringen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat MdL Karola Stange gefordert und damit eine Resolution des außerparlamentarischen Bündnisses unterstützt. Die Linkspolitikerin beschreibt die Situation für Menschen mit Behinderung hinsichtlich des gemeinsamen Lernens und auf dem Arbeitsmarkt als unbefriedigend. Die Thüringer Landesregierung müsse die Novelle des Behindertengleichstellungsgesetzes zur Chef-sache machen.

„Ein weiteres Beispiel für das Desinteresse der Landesregierung an der UN-Behindertenrechtskonvention ist der nicht barrierefreie Internetauftritt des Freistaates und seiner Ministerien“, kritisierte Karola Stange vor allem mit Blick auf den Bereich von Download-Dokumenten.

Die Behindertenpolitikerin der LINKEN unterstützt die Forderungen des außerparlamentarischen Bündnisses nach einem Stopp der weiteren Entsolidarisierung des Pflege- und Gesundheitssystems und der Erweiterung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der neben dementelementen auch behinderte Menschen besser als bisher berücksichtigen müsste. Es sei notwendig, dass die Landtagssitzung durch einen Gebärdendolmetscher für taube und gehörlose Menschen „übersetzt“ wird, damit die Inhalte der Debatten verfolgt werden können. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die ersten Sitzungen des Thüringer Landtags im neuen Jahr finden vom 25. bis 27. Januar statt.

Ausstellung:

Gegenständliches wie die reine Abstraktion – das sind die Experimentierfelder des Tabarzer Malers Volker Grahn, der im Dezember seinen 70. Geburtstag feiert und mit dessen Personalausstellung der Thüringer Landtag das Ausstellungsjahr 2011 beendet – zu sehen im Funktionsgebäude, 1. OG.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen – während den Landtagssitzungen auch mit Livestream – unter:

www.die-linke-thl.de

Aids-Hilfe-Projekte

„Die HIV-Prävention verstärken und Betroffene unterstützen heißt, keine Kürzungen bei AIDS-Hilfe-Projekten zuzulassen“, so MdL Karola Stange. Zwar seien laut Robert-Koch-Institut die HIV-Neuinfektionen leicht rückläufig, trotzdem könne es keine Entwarnung geben. In den letzten Jahren habe HIV bzw. Aids an gesellschaftlicher Aufmerksamkeit verloren. Damit stünden auch Unterstützungsangebote auf der Kippe, „obwohl das präventive Verhalten wieder gestärkt werden muss“, denn vielfach schützten sich die Menschen nicht, „weil sie die Gefahr einer Infektion unterschätzen und Aids einfach vergessen haben“, warnt die Abgeordnete der Landtagsfraktion der LINKEN. ■

Hygienestandards

Die Forderung der Landeskrankenhausgesellschaft nach verbindlichen Hygieneregeln für Krankenhäuser bezeichnete MdL Jörg Kubitzki als „längst überfällig“. Die Linksfraktion hatte bereits mit ihrem Antrag Ende letzten Jahres (mehrheitlich abgelehnt) die Landesregierung auf die fehlenden Normen in Thüringen hingewiesen. „Es muss an jeder Klinik einen Hygienearzt und einen Hygienebeauftragten geben, auf jeder Station müsste eine Pflegefachkraft zu einer Hygienebeauftragten ausgebildet werden. Zudem ist die Einführung von regelmäßigen externen Qualitäts- und Hygienekontrollen in Krankenhäusern unerlässlich“, begründete der Gesundheitsexperte der LINKEN. ■

Bahnpreiserhöhung

„Nicht nur die Fahrpreiserhöhungen um 3,9 Prozent im Fernverkehr sind kein Beitrag für mehr Kundenfreundlichkeit, auch im Nah- und Regionalverkehr wurden jetzt die ohnehin schon von technischen Engpässen geplagten Reisenden zur Kasse gebeten“, kritisierte MdL Dr. Gudrun Lukin. Dazu offerierte die Bahn gleich noch die Streichung von Sparpreisen sowie Aufpreise bei Serviceleistungen.

„Es darf einfach nicht sein, dass ein Unternehmen im Auftrag des Staates und der Länder unwidersprochen 2011 einen Rekordgewinn ankündigt und gleichzeitig seine Kunden bei rückläufiger Qualität der Dienstleistung schröpft“, protestierte die LINKE Politikerin. ■